

TÜRKEI BULLETIN 13/17

Berichtszeitraum: 03. - 16. Juli 2017

Nachricht 17.07.2017 Dr. Hans-Georg Fleck, Aret Demirci



Inhalt: Jahrestag des Putschversuchs – Erdoğan demonstriert Macht, ‘Marsch für Gerechtigkeit‘ endet – Kampf ums Überleben für die Opposition, EU-Parlament plädiert für das Aussetzen der Beitrittsgespräche, Zypern-Gespräche scheitern – die Insel bleibt (vorerst) geteilt, Global Innovation Index: Türkei belegt nur Rang 43

Überblick

Am vergangenen Samstag jährte sich der Putschversuch vom 15. Juli 2016, bei dem knapp 250 Menschen ihr Leben verloren haben. Überall im Land haben Gedenkveranstaltungen stattgefunden, die Präsident *Erdoğan* zu einer großen Machtdemonstration nach innen wie nach außen umzumünzen versucht hat. Zugleich hat er die Verlängerung des Ausnahmezustandes (türk.: OHAL) um weitere drei Monate verkündet, die vierte Verlängerung seit der erstmaligen Verhängung des OHAL am 20. Juli 2016, kurz nach dem gescheiterten Staatsstreich.

Am Jahrestag des Putschversuchs sind weitere knapp 7.400 Polizisten, Soldaten und Ministerialbedienstete per Präsidialdekret entlassen worden. Damit steigt die Zahl der aus

dem Staatsdienst Entlassenen auf knapp 150.000. Rund 56.000 Bürger sind verhaftet worden. 965 Unternehmen wurden bisher laut Regierungsangaben aus den Händen der Eigentümer konfisziert und unter staatliche Zwangsverwaltung gestellt. Eine siebenköpfige Kommission soll ab dem 17. Juli Einsprüche der Entlassenen entgegennehmen. Die Kommission soll unabhängig arbeiten, wird allerdings vom Staatssekretär des Justizministeriums geleitet.

Kurz vor dem Jahrestag des Putschversuchs wurden Haftbefehle gegen 34 ehemalige Mitarbeiter des staatlichen Senders TRT und gegen mehr als hundert Mitarbeiter im Technologiesektor, darunter ehemalige Mitarbeiter des angesehenen Wissenschaftszentrums TÜBITAK, erlassen. Ihnen wird vorgeworfen, die verschlüsselte Kommunikations-App „ByLock“ genutzt zu haben. Ankara sieht darin ein Kommunikationsmittel der Anhänger des islamischen Predigers *Fethullah Gülen*, der für den Putschversuch verantwortlich gemacht wird. Außerdem sind Haftbefehle gegen dutzende Universitätsmitarbeiter erlassen worden.

Die türkische Polizei hat anlässlich eines Workshops auf der Prinzeninsel Büyükada vor den Toren Istanbuls mehrere Menschenrechtsaktivisten festgenommen. Bei den Inhaftierten handelt es sich um die Direktorin der türkischen Sektion von Amnesty International, *Idil Eser*, sieben Menschenrechtsanwälte, sowie einen deutschen und einen schwedischen Staatsbürger, die als Referenten zu Cyber-Security-Fragen eingeladen worden waren. Die einwöchige Untersuchungshaft wurde inzwischen um weitere sieben Tage verlängert.

Am 24. Juli beginnt in Istanbul der Prozess gegen 19 journalistische und sonstige Mitarbeiter der regierungskritischen Zeitung ‘Cumhuriyet’. Zwölf von ihnen sind schon seit sieben bzw. neun Monaten in Untersuchungshaft, darunter der Chefredakteur der Zeitung, *Murat Sabuncu*, und der angesehene Kolumnist *Kadri Gürsel*. Wegen der Berichterstattung der Zeitung werden den Angeklagten Verbindungen zu verschiedenen ideologisch völlig konträren, des Terrors verdächtigen Gruppen vorgeworfen.

Nach Incirlik untersagt die Türkei nun auch einen Besuch von Bundestagsabgeordneten auf dem NATO-Stützpunkt im zentralanatolischen Konya, wo 10-15 Bundeswehrsoldaten stationiert sind, und verschärft somit die bereits bestehende Krise in den bilateralen Beziehungen. Laut Auswärtigem Amt gab Ankara den derzeitigen Zustand der Beziehungen als Begründung an. Die Absage erfolgt weniger als eine Woche nach dem Besuch von Präsident *Erdoğan* auf dem G20-Gipfel in Hamburg. Dort hatte die Bundesregierung ihm untersagt, eine öffentliche Versammlung mit Landsleuten abzuhalten. Das neuerliche Besuchsverbot wird nun als Revanche gewertet. Derweil hat die Bundeswehr bereits mit dem Abzug ihrer Truppen aus Incirlik begonnen.

Der Leipziger „Preis für die Freiheit und die Zukunft der Medien“ geht in diesem Jahr an den in der Türkei inhaftierten deutsch-türkischen Journalisten *Deniz Yücel* und die türkische

Autorin *Aslı Erdoğan*. Mit *Yücel* und *Erdoğan* würden zwei Publizisten geehrt, „die das einstige Demokratieversprechen der türkischen Republik ernstnehmen und die wegen ihrer kritischen Berichterstattung durch eben diese Republik verfolgt werden“, heißt es zur Begründung. Der Preis soll am 6. Oktober in Leipzig verliehen werden. *Yücel* sitzt seit etwa 150 Tagen in Haft. Ihm wird „Terror-Propaganda“ vorgeworfen. Der Autorin *Erdoğan* werden „Terrorpropaganda und Volksverhetzung“ angelastet. Sie ist mittlerweile wieder auf freiem Fuß, nachdem sie schon drei Monate in U-Haft gesessen hatte. Den Leipziger Medienpreis hatten im Jahr 2016 der ehemalige ‚Cumhuriyet‘-Chefredakteur *Can Dündar* und sein Hauptstadtkorrespondent *Erdem Gül* erhalten.

Jahrestag des Putschversuchs – *Erdoğan* demonstriert Macht

Ein Jahr nach dem dilettantisch ausgeführten Staatsstreich vom 15. Juli 2016 haben im ganzen Land Gedenkveranstaltungen stattgefunden. Begleitet wurde dies jeweils vom islamischen Abschiedslied an Verstorbene. Ohne Unterbrechung wurde es die ganze Nacht über immer und immer wieder von den Minaretten gesungen – wie vor einem Jahr, als die Muezzins die Betenden zum Aufstand gegen die Putschisten aufriefen. Präsident *Erdoğan* würdigte den Widerstand: „Auch wenn wir unsere Märtyrer begraben haben, werden sie für immer in unseren Herzen leben.“ Die Putschisten hingegen würden „Tag für Tag sterben“, weil sie „hinter Gefängnismauern verfaulen“.

Den Jahrestag nutzten *Erdoğan* und sein Parteiapparat zur Demonstration ihrer Macht. Bei der Veranstaltung an der Bosphorusbrücke – die derweil in ‚Brücke der Märtyrer des 15. Juli‘ umbenannt worden ist – brachte *Erdoğan* vor zehntausenden Anhängern seine Abscheu gegen die Putschisten zum Ausdruck. „Wir werden diesen Verrätern den Kopf abreißen“, so kündigte der Präsident ein weiterhin erbarmungsloses Vorgehen gegen die Verantwortlichen an. „Sowohl die elenden Putschisten als auch jene, die sie auf uns gehetzt haben, werden von nun an keine Ruhe mehr finden.“ Die inhaftierten Drahtzieher sollten „Uniformen wie in Guantánamo“ tragen, schlug er vor. Damit spielte er auf das in Kuba befindliche, hoch umstrittene US-Gefangenenlager an, in dem Terrorverdächtige festgehalten werden. Schon unmittelbar nach dem Putschversuch im letzten Jahr hatte *Erdoğan* die Wiedereinführung der Todesstrafe angekündigt. Zum Jahrestag bringt er das Thema erneut auf die Tagesordnung: „Wenn es ins Parlament kommt – und ich glaube daran, dass es vom Parlament verabschiedet wird und zu mir kommt – werde ich das ohne Zögern bewilligen. Und ich persönlich achte nicht darauf, was Hans und George (in Anspielung auf Deutschland und die USA, Anm.d.Red.) dazu sagen. Ich achte darauf, was Ahmet, Mehmet, Hasan, Hüseyin, Ayşe, Fatma und Hatice sagen.“

Erdoğan eröffnete ein Denkmal für die 249 Opfer, die in der Putschnacht ums Leben gekommen sind. Fotos der Getöteten wurden auf Bildschirmen gezeigt und ihre Namen

verlesen. Plakate mit Szenen aus der Putschnacht riefen die Türken auf, kurz nach Mitternacht zu ‘Demokratiewachen‘ auf die Straße zu gehen. Nach seinem Auftritt in Istanbul flog *Erdogan* in die Hauptstadt Ankara, um dort noch in der Nacht eine Ansprache vor dem Parlament zu halten. Um 02:32 Uhr hatten Putschisten vor einem Jahr das Parlamentsgebäude bombardiert. Drastische Formulierungen fand auch Parlamentspräsident *Ismail Kahraman*: „Volk, Fahne, Koran, Glaube, Gebetsruf, Freiheit, Unabhängigkeit sind unsere Ehre, unsere Würde. Denjenigen, die unsere Werte angreifen, brechen wir die Hände, schneiden ihnen die Zunge ab und vernichten ihr Leben.“ *Fethullah Gülen*, den Ankara für den Putschversuch verantwortlich macht, nannte *Kahraman* einen „geisteskranken Schizophrenen“. Die beiden Oppositionsparteien – die kemalistische CHP und die prokurdische HDP – hatten angekündigt, an der Veranstaltung nicht teilzunehmen.

Noch am Nachmittag waren jedoch beide Parteien zur Sondersitzung der Nationalversammlung erschienen. *Kemal Kılıçdaroğlu*, Vorsitzender der CHP, warf der Regierung vor, die Aufarbeitung der Putschereignisse und der Hintergründe zu behindern. „Die Justiz wurde zerstört“, beklagte er im Parlament. Alle Rechtsabläufe hätten sich im vergangenen Jahr immer weiter vom gesetzlichen Rahmen entfernt. Unter dem Vorwand der Putschistenverfolgung schalte die Regierung ihre Gegner aus. Für eine vollständige Aufarbeitung müssten diejenigen, die die Putschisten und deren Unterstützer vormals „an den empfindlichsten Stellen des Staates“ platziert hätten, zur Rechenschaft gezogen werden, forderte der Oppositionschef mit Blick auf das Regierungslager. Der stellvertretende HDP-Fraktionschef, *Ahmet Yıldırım*, kritisierte u. a. die Massenentlassungen und die Inhaftierungen von HDP-Abgeordneten. Er beschuldigte die AKP, einen „zweiten Putsch“ durchgeführt zu haben.

Regierungschef *Binali Yıldırım* rühmte bei der Sondersitzung den 15. Juli 2016: „Aus der dunkelsten Nacht“ sei die Nacht der Helden“ geworden. Die Türkei könne an diesem Tag einen „zweiten Unabhängigkeitstag“ feiern.

‘Marsch für Gerechtigkeit‘ endet – Kampf ums Überleben für die Opposition

Der ‘Marsch für Gerechtigkeit‘ ist am 09. Juli mit einer Großdemonstration in Istanbul zu Ende gegangen. Der CHP-Vorsitzende *Kemal Kılıçdaroğlu* war am 15. Juni in Ankara losmarschiert; im Istanbuler Stadtteil Maltepe (auf der asiatischen Seite der Stadt) erwarteten ihn Hunderttausende, möglicherweise über eine Million Menschen. Es dürfte die größte Versammlung von Regierungsgegnern außerhalb von Wahlzeiten in bald 15 Jahren Herrschaft *Erdogans* und seiner konservativ-islamischen AKP gewesen sein. Ein bemerkenswerter Auftritt, denn seit den Gezi-Protesten 2013 hat sich die Opposition in der Öffentlichkeit nicht mehr so stark präsentieren können. Der Marsch und die Demo sollten alle oppositionellen

Kräfte des Landes bündeln. So war kein Partei-Logo der CHP zugelassen, nur türkische Fahnen und weiße Banner mit dem Aufdruck *Adalet* – Gerechtigkeit – waren erlaubt. Vertreter der prokurdischen HDP, deren Führung inhaftiert ist, schlossen sich am Ende dem Fußmarsch an, ebenso wie Politiker und Anhänger kleiner linker Parteien.

Laut einer Studie des türkischen Meinungsforschungsinstituts Istanbul Economics unterstützen mehr als 80 Prozent der HDP-Wähler, aber auch 43 Prozent der Wähler der rechtsgerichteten, mittlerweile informell mit *Erdoğan's* AKP verbundenen MHP den ‘Marsch für Gerechtigkeit’. Unter den Wählern der regierenden AKP lag die Zustimmung für den Protestmarsch bei etwa 10 Prozent.

Kılıçdaroğlu zeigte sich trotz der Strapazen kämpferisch. Weil Parlament und freie Medien nicht mehr funktionierten, würde Gerechtigkeit selbstverständlich auf der Straße gesucht, kündigte der Sozialdemokrat an. Man werde dem Land wieder Demokratie bringen. Viele fragen sich jedoch, was jetzt, nach Beendigung des Marsches, folgen wird. *Kılıçdaroğlu* will seine symbolische Aktion in eine politische umwandeln. Er will nicht nachlassen mit dem Protest, bis ‘Gerechtigkeit’, bis ein funktionierender Rechtsstaat in der Türkei wiederhergestellt sei. Doch der Oppositionschef sagt selbst: „Wir stehen vor einer Mauer“, und ruft die Menschen dazu auf, die ‘Mauer der Angst’ einzureißen. *Kılıçdaroğlu* verkündete u.a. ein Zehn-Punkte-Manifest mit Forderungen an die AKP-Regierung, wie z.B. die Aufhebung des Ausnahmezustandes, und erklärte: „Die Regierung hat den Ausnahmezustand benutzt, um einen Putsch zu starten, der mit der Erklärung des Ausnahmezustandes begonnen hat. Sie haben die Macht an sich gerissen. Und der Ausnahmezustand, der in einem zivilen Putsch gipfelt, hat die Exekutive, Legislative und Judikative in die Hände nur einer Person gelegt.“ Der Oppositionspolitiker schloss die Kundgebung mit der Aussage: „Was der Protestmarsch bewirken kann, ist, dass endlich der Ruf der Mehrheit gehört wird. Vielleicht hört es die Regierung nicht, aber vielleicht wacht jetzt die schlafende Mehrheit im Lande auf.“

Knapp 430 Kilometer hat der 68-Jährige zu Fuß zurückgelegt. Am 15. Juni hatte er im Güven-Park im Zentrum Ankaras mit seinen Anhängern den Protestmarsch begonnen. Am Tag zuvor war der CHP-Abgeordnete *Enis Berberoğlu* wegen angeblichem Geheimnisverrat zu 25 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Es war nach den ‘Säuberungen’ im Staatsdienst und den Massenverhaftungen von Journalisten und anderen angeblichen ‘Terrorverdächtigen’ der letzte Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte, so *Kılıçdaroğlu* in einem Interview mit der linken Tageszeitung ‘Evrensel’. Einige verbliebene oppositionelle Zeitungen feierten den CHP-Parteichef nach der Demo euphorisch: Er habe sich endlich als Führer profiliert, die CHP erlebe unter ihm eine Wiedergeburt. Seine friedvolle Art – der er auch seinen Beinamen ‘Gandhi Kemal’ verdankt – wurde in der Vergangenheit eher als Schwäche ausgelegt; seit dem Protestmarsch wird sie als seine Stärke interpretiert. Die Kritik der vergangenen Monate

scheint vergessen zu sein. Denn schließlich waren die CHP und ihr Vorsitzender *Kılıçdaroğlu* maßgeblich daran beteiligt, als die Immunität von Teilen der Abgeordneten aufgehoben wurde – jener Beschluss, der am Ende auch *Berberoğlu* ins Gefängnis gebracht hat. Als *Erdoğan* im April 2017 per Referendum seine Präsidialverfassung gegen den Willen der Hälfte der Bevölkerung durchsetzte, forderten CHP-Anhänger seinen Rücktritt. *Kılıçdaroğlu* hatte sich hingegen trotz Manipulationsvorwürfen mit dem Ergebnis abgefunden. Doch all dies scheint nun vergessen zu sein.

Die Regierung hatte den Marsch argwöhnisch verfolgt, der im Staatsfernsehen als „angeblicher Gerechtigkeitsmarsch“ schlechtgemacht wurde. Präsident *Erdoğan* zog den Vergleich zu den Putschisten, die vor einem Jahr auf die Straßen gegangen seien, um die Regierung zu stürzen. Aber den Gerechtigkeitsmarsch zu stoppen, traute sich dann doch niemand. Der Empfehlung des Staatschefs, nicht über den Fußmarsch zu berichten, folgten die Medienbesitzer bald schon nicht mehr. Man ließ *Kılıçdaroğlu* gewähren in der Hoffnung, dass sein Marsch nicht allzu große Wellen schlagen werde. Premier *Binali Yıldırım* ließ *Kılıçdaroğlu* ausrichten, dass der Protest mit der Kundgebung nun auch zu enden habe. Doch zum Abschluss der Kundgebung ließ *Kılıçdaroğlu* nochmal wissen, dass dies „nur der Anfang“ gewesen sei.

EU-Parlament plädiert für das Aussetzen der Beitrittsgespräche

Das EU-Parlament fordert ein Aussetzen der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei, wenn die Regierung in Ankara die Verfassungsreform wie geplant umsetze. Die große Mehrheit der EU-Abgeordneten stimmte am 6. Juli in Strasbourg für eine entsprechende Resolution, die aber für die Mitgliedsländer nicht bindend ist. Darin äußert man harsche Kritik am Demokratieabbau in der Türkei seit dem gescheiterten Putschversuch vom Juli 2016. Die im Rahmen des Ausnahmezustandes ergriffenen Maßnahmen hätten „unverhältnismäßige und lang anhaltende negative Auswirkungen“ für viele Bürger und die Grundrechte im Lande. Die mit großer Mehrheit angenommene Resolution erinnert u. a. an die Massenentlassungen und -inhaftierungen von Beamten, Richtern, Wissenschaftlern, Menschenrechtsaktivisten und Journalisten seit dem Putschversuch.

Einen Tag zuvor hatte der für Erweiterungsfragen zuständige EU-Kommissar *Johannes Hahn* bei einer Aussprache im Plenum des Europäischen Parlaments erklärt, die EU-Kommission sei über die Lage in der Türkei zwar sehr besorgt, die Union stehe aber weiterhin zu ihren finanziellen Verpflichtungen gegenüber dem Land. Die im Rahmen der Beitrittsverhandlungen vereinbarten Programme, insbesondere zur Stärkung der Demokratie und des Rechtsstaates, würden fortgesetzt. Die EU zahlt der Türkei für den Zeitraum 2014-2020 knapp 4,5 Mrd. Euro. Die Beziehungen zur Türkei könnten nur weiter bestehen, wenn das Land das Vertrauen wiederherstelle und „wenn es eine klare Verbesserung der internen

Situation“ gebe, so *Hahn*. Die Kommission beobachte genau, was auf dem Gebiet der Rechtsstaatlichkeit und der Grundfreiheiten geschehe. Es sei besorgniserregend, dass Hungerstreikende in Gefängnissen vom Tod bedroht seien.

Die zuständige Parlamentsberichterstatteerin *Kati Piri* erklärte, es gehe darum, jenen Millionen Türken, die trotz des Ausnahmezustands und der vielen Verletzungen von Grundrechten, trotz der Verhaftungen von Oppositionellen und Journalisten weiterhin ihre Hoffnung auf eine Annäherung an Europa setzten, eine Perspektive zu bieten. Der liberale Europapolitiker *Alexander Graf Lambsdorff* sprach sich für die sofortige Beendigung der Beitrittsverhandlungen aus, weil das Land nicht Mitglied werden könne. Man brauche dazu „einen ehrlichen Dialog“. *Hahn* hingegen verwies darauf, dass die Türkei – etwa beim Migrationsabkommen – ein verlässlicher Partner sei. Der Wanderungsdruck auf Europa habe deutlich nachgelassen und die Lage der syrischen Flüchtlinge habe sich verbessert, nicht zuletzt dank der Mittel, die die EU z.B. für Schulen in der Türkei ausgegeben habe.

Das EU-Parlament hatte bereits im November ein Einfrieren der seit Jahren stockenden Beitrittsgespräche gefordert und dies mit der sich verschlechternden Menschenrechtslage nach dem Putsch im Juli 2016 begründet.

Der für EU-Fragen zuständige türkische Minister *Ömer Çelik* erklärte in Ankara, sein Land weise die Forderungen nach einem Aussetzen der Beitrittsgespräche als „politisch motiviert“ und gegenstandslos zurück. Präsident *Erdoğan* hatte indes im Mai selbst gedroht, die Gespräche zu beenden, wenn sie nicht wieder in Gang kämen.

Just in jener Stunde, in der die Entscheidung des EU-Parlaments bekannt wurde, weilte der zuständige EU-Kommissar *Hahn* in Ankara. Er vermeldete per Twitter ein „offenes“ und „ergebnisorientiertes“ Gespräch mit *Çelik*. Die Türkei müsse sich im eigenen Interesse und auch um ihre Beziehungen zur EU zu verbessern, mit rechtsstaatlichen Grundsätzen befassen, mahnte *Hahn*. Er besuchte auch ein neues, von der EU finanziertes Ausbildungszentrum für syrische Ärzte, traf den Premier und den Wirtschaftsminister – letzteren wegen der fortlaufenden Bestrebungen, die Zollunion zwischen der EU und der Türkei zu vertiefen.

Die Venedig-Kommission des Europarates verlautbarte derweil, dass sie in der Verfassungsreform, die am 16. April mit einer knappen Mehrheit angenommen worden ist, eine Gefahr für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sieht.

Zypern-Gespräche scheitern – die Insel bleibt (vorerst) geteilt

Die Gespräche über die Wiedervereinigung Zyperns sind gescheitert. UN-Generalsekretär *António Guterres* verkündete im schweizerischen Crans-Montana den Abbruch der

Verhandlungen. Es tue ihm „sehr leid, dass trotz großer Entschlossenheit aller Seiten die Zypern-Konferenz ohne Ergebnis beendet wird“, sagte der Portugiese. Damit ist der bisher aussichtsreichste Anlauf zur Lösung des Zypernproblems gescheitert.

In mehr als zweijährigen Gesprächen hatten der griechisch-zyprische Präsident *Nikos Anastasiades* und der türkisch-zyprische Volksgruppenführer *Mustafa Akıncı* weitgehende Annäherungen in vielen Streitfragen erreicht. Angestrebt wurde eine Föderation aus zwei Bundesländern mit weitgehender Autonomie für die beiden Volksgruppen. Wichtige Streitfragen waren allerdings noch ungelöst. Das Gipfeltreffen in Crans-Montana sollte den Durchbruch bringen. An der Konferenz unter UN-Schirmherrschaft nahmen auch die Außenminister Griechenlands, der Türkei sowie Großbritanniens – als frühere Kolonialmacht – teil. Diese drei Staaten waren seit der Unabhängigkeit Zyperns 1960 Garantiemächte der Mittelmeerinsel.

UN-Generalsekretär *Guterres* hatte bereits am Wochenende zuvor an den Gesprächen teilgenommen, war dann zunächst abgereist, am 06. Juli aber überraschend nach Crans-Montana zurückgekehrt, als sich ein Scheitern der Verhandlungen abzuzeichnen begann. Doch auch der frühere portugiesische Ministerpräsident konnte die Konferenz nicht mehr retten: Es gebe „bedeutende Meinungsunterschiede in bestimmten Fragen“, sagte der UN-Chef vor der Presse. Das Thema ‘Sicherheit und Garantien‘ sei ausschlaggebend für das Scheitern der Einigung. Es ist bekannt, dass Ankara darauf besteht, dass die Türkei auch in Zukunft Garantiemacht eines wiedervereinigten Zyperns und dort mit Truppen präsent sein müsse, die notfalls auch eingreifen sollen. Damit hätte die Türkei das Recht bekommen, in einem EU-Staat militärisch zu intervenieren, was für die anderen Gesprächspartner nicht hinnehmbar war. Die Griechen wiederum argumentierten, ein EU-Mitgliedsstaat wie Zypern benötige keine „Schutzmacht“.

Akıncı hatte noch wenige Tage zuvor appelliert, die „historische Chance“ für eine Wiedervereinigung zu nutzen.

Am Ende der gescheiterten Konferenz versuchten alle Teilnehmer, den Fehlschlag herunterzuspielen. Ungeachtet des Scheiterns könne man „andere Initiativen“ zur Lösung der Zypernfrage entwickeln, so *Guterres*.

Anastasiades werde seine Bemühungen um eine Wiedervereinigung fortsetzen, erklärte dessen Sprecher. Auch der türkische Außenminister *Mevlüt Çavuşoğlu* will sich „weiter um eine Lösung bemühen“.

Für die beiden Volksgruppen auf Zypern, aber auch für die EU und für die Türkei hätte eine einvernehmliche Lösung viel bedeutet. Die Wirtschaft der Insel bekäme durch eine

Wiedervereinigung starke Wachstumsimpulse. Davon hätte vor allem der bisher wirtschaftlich zurückgebliebene und politisch isolierte Inselnorden profitiert. Die Türkei konnte hoffen, ein großes Hindernis in ihren Beziehungen zur EU auszuräumen. Das wäre auch ein wichtiger Schritt zur Entspannung im Verhältnis zum ewigen Rivalen Griechenland, woran die NATO Interesse hat. Vor dem Hintergrund der wachsenden Krisen im Nahen Osten könnte ein vereintes Zypern in der Sicherheitsarchitektur des Westens eine wachsende Rolle spielen: Die Insel gilt als 'Flugzeugträger' im östlichen Mittelmeer.

Nur wenige Tage nach dem Scheitern der Zypern-Konferenz rückte so der seit langem schwelende Streit um die Erdgasvorkommen vor der Küste der Insel wieder in den Fokus. Vor der Süd- und Ostküste Zyperns werden große Gasvorkommen vermutet. Es gibt Pläne zum Bau einer Pipeline, mit der Erdgas aus den Fördergebieten Israels und Zyperns durch das Mittelmeer nach Griechenland und von dort weiter nach Italien gepumpt werden könnte. Die zyprische Regierung hat hierfür in den vergangenen Jahren in Abkommen mit den Nachbarländern Israel und Ägypten die Explorationsfelder abgesteckt. Aber Ankara macht den Zypern die Bodenschätze streitig. Die Türkei unterhält keine diplomatischen Beziehungen mit der international anerkannten Republik Zypern und erkennt folglich auch deren Wirtschaftszonen nicht an. Der türkische Premierminister *Binali Yıldırım* warnte die zyprische Regierung vor „einseitigen Schritten“. Die Energievorkommen vor den Küsten der Insel gehörten „beiden Seiten“, den griechischen Zypern im Süden und den türkischen Zypern im Norden. Nach Ministerpräsident *Yıldırım* meldete sich auch Präsident *Erdoğan* mit einer Drohung zu Wort: Er warnte ausländische Energiekonzerne davor, in den von Zypern ausgewiesenen Gebieten aktiv zu werden. Es sei „nicht nachvollziehbar, dass einige Energieunternehmen sich an den verantwortungslosen Aktionen der griechischen Zyperer beteiligen“, sagte *Erdoğan*. „Ich möchte diese Firmen daran erinnern, dass sie damit die Türkei als Freund verlieren könnten.“

Global Innovation Index: Türkei belegt nur Rang 43

Im Juni 2017 wurde der „Global Innovation Index“ veröffentlicht. Der Index ist eine Rangliste, die die Innovationsfähigkeit einzelner Länder abbildet. Er wird jährlich von der französischen Business School **INSEAD**, der **Cornell University** und der **Weltorganisation für geistiges Eigentum** (WIPO) der **Vereinten Nationen** herausgegeben. Teil des Reports waren 130 Staaten. Untersucht wurden zahlreiche Kennzeichen wie Patentanmeldungen, Bildungsausgaben, Zusammenarbeit von Hochschul- und Industrieforschung und die Qualität wissenschaftlicher Publikationen. Platz 1 belegt, wie schon in den Jahren zuvor, die Schweiz, mit einem Wert von 67,69 Punkten. Auf den Plätzen zwei und drei folgen Schweden und die Niederlande. Die Türkei belegt Platz 43 mit einem Wert von 38,9 Punkten. Im Vorjahr hatte sie Platz 42 belegt. Deutschland findet sich auf Platz 9 wieder. Unter den 25 Top-Innovatoren

sind 15 europäische Länder. Ihre Stärke liegt nach Angaben der WIPO vor allem in den Bereichen Humankapital, Forschung und Infrastruktur.

Die Türkei wird unter den untersuchten Staaten in die zweithöchste Einkommenskategorie (Upper-middle class) eingestuft; sie ist damit eines der wenigen Länder dieser Kategorie, die es unter die Top 50 der bestplatzierten Staaten schaffen. Der Index wird in zwei Subindexe unterteilt, den Input-Index und den Output-Index. Die Türkei schneidet deutlich besser im Output-Index (Platz 36) als im Input-Index (Platz 68) ab. Der Output-Index misst eigentliche Innovationserträge der Kategorien Wissen- und Technologie sowie Kreativität. Der Input-Index misst Elemente einer Volkswirtschaft, die innovative Aktivitäten begünstigen (z.B. Humankapital und Forschung). Die Türkei hat damit die neunthöchste Effizienzrate (Output-Index geteilt durch Input-Index).

Auffällig ist weiterhin die positive Bewertung im Bereich Landwirtschaft. Diese gehört zu jenen Sektoren, in denen die meisten Marken in der Türkei angemeldet wurden. Die Bedingungen, Innovationen im Bereich Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion zu erzielen, haben sich in den letzten Jahren in der Türkei verbessert. Das Land sei produktiver und ökologisch nachhaltiger geworden. In den nächsten Jahren komme es insbesondere darauf an, wie Drohnen und andere High-Tech-Geräte landwirtschaftlich genutzt werden. Erst kürzlich hatte die OECD einen Report zum Thema Landwirtschaftsinnovationen in der Türkei veröffentlicht (*Innovation, Agricultural Productivity and Sustainability in Turkey*).

Für Medienanfragen kontaktieren Sie unseren Türkei-Experten der Stiftung für die Freiheit:



Dr. Hans-Georg Fleck
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit - Türkei
Tel.: +902122197253
E-Mail: hans-georg.fleck@fnst.org